

# Krise in der DDR, Sommer 1989

Die Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung der SED-Zeitungen und der Realität wurde immer verheerender. Sichtbar verfiel das Land.

„Das Schlimmste an diesem Land: Neben Verfall und Zerstörung und offizieller Verlogenheit, eben auch der Niedergang der Umgangsformen, die unter uns herrschende Unfreundlichkeit, die längst in den Gesichtern festgeschriebene Verdrossenheit. ... Alles scheint auf eine Entscheidung hinzudrängen. Lieber bezahle ich für einen Becher Quark 4,- M, als weiterhin diese verlogenen Wurstblätter Tag für Tag aus dem Briefkasten zu ziehen.“ (Thomas Rosenlöcher, Die sanfte Revolution, 1990)

Gegen die positiven Bilanzen des „Neuen Deutschlands“ standen offenkundige Realitäten. Die Dramatik der Situation wird exemplarisch in einem Bericht der Gewerkschaft Chemie deutlich (rechts).

Während sich in den Meldungen des „Neuen Deutschlands“ die Erfolge des Wohnungsbaus gegenseitig übertrumpften, verfiel die Bausubstanz ganzer Städte.



Im Friedrichshain und im Prenzlauer Berg (Berlin), in Leipzig, Görlitz und Gera regnete es den Mietern buchstäblich in die Wohnungen. Die ständig belagerten Wohnungsämter sollten Wohnungen von Ausgereisten rasch an Wohnungssuchenden vergeben. Hiermit sollte zugleich Unmut gedämpft werden und ein Keil zwischen die in der DDR Gebliebenen und die Geflohenen getrieben werden.

Aber auch auf internationalen Märkten hatte die DDR ihre Kreditwürdigkeit verloren. Sie war pleite. Selbst der Militärtapparat musste abgeschmolzen werden, weil er nicht mehr bezahlbar war und das schwere Gerät für zivile Zwecke dringender gebraucht wurde. Der Bürgermeister von Mühlhausen konnte den Zusammenbruch der Müllentsorgung seiner Stadt nur mit einem außer Dienst gestellten Panzer, den man zur Raupe umfunktioniert hatte, aufhalten. Die theoretisch anstehende Modernisierung des Militärs erwies sich als unrealisierbar. Mit Sorgen verfolgten die Herren der SED, dass auch die Garantiemacht UdSSR sich aus der DDR zurückziehen begann.

Das Land war krank und sein Staatschef verweigerte die notwendigen Operationen. Schon am 12. Juni '89 konnte Helmut Kohl seinem Gast Michail Gorbatschow die Situation unwidersprochen mit folgenden Worten beschreiben: „Im Augenblick sei die Situation jedoch die, daß Generalsekretär Honecker selbst zur Destabilisierung der DDR beitrage, weil er nicht bereit sei, Veränderungen durchzuführen.“

Zentralvorstand der IG Chemie, Glas, Keramik Halle, 21. März 1989

## Ministerrat der DDR Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Genosse Schürer

### Information

Die gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen werden immer stärker mit den komplizierten Bedingungen in Altanlagen konfrontiert, wobei sich in einigen Anlagen die Situation zuspitzt.

Gegenwärtig arbeiten 7.262 Werktätige wegen großer Überschreitung arbeitshygienischer Grenzwerte für chemische Schadstoffe in der chemischen Industrie mit einer Ausnahmegenehmigung des Ministers für Gesundheitswesen. Für 24 Anlagen werden durch staatliche Kontrollorgane wegen des schlechten Bauzustandes dringende Sanierungsmaßnahmen gefordert.

Im VEB Chemiekombinat Bitterfeld sind 335 Werktätige in den Aluminiumschmelzen durch die Überschreitung der Grenzwerte für chemische Schadstoffe, nichttoxische Stäube, Lärm, Vibration und schwere körperliche Arbeit akuten Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt. Trotz einer gut funktionierenden Dispensairebetreuung mußten 230 Berufskrankheiten, überwiegend des Stützapparates und der Atmungsorgane, anerkannt werden. Bei mehrjähriger Exposition treten Knochenveränderungen, vor allem Verkalkungen der Bänder auf.

Im VEB Cosid-Kautasit Coswig sind seit 1980 zwanzig Werktätige wegen ihres Kontaktes mit Asbest an einer arbeitsbedingten Krebserkrankung verstorben, und es besteht die Gefahr, daß sich die Zahl der bisherigen 298 Berufserkrankungen und 40 Krebsfälle (seit 1980 erfaßt) in diesem Betrieb und dem VEB Asfil Kleinreinsdorf, einem anderen asbestverarbeitenden Betrieb im Kombinat Plast- und Elastverarbeitung, weiter erhöht.

Aufgrund der gesundheitsschädlichen Wirkung von Asbest wurde 1984 ein Ministerratsbeschuß gefaßt, der eine weitgehende Substitution dieses Minerals zum Ziel hat. Dazu wurden in den asbestverarbeitenden Betrieben der chemischen Industrie umfangreiche Forschungsarbeiten durchgeführt.

Bisher konnten aber die für die Produktion der Substituten und die Umstellung auf asbestfreie Erzeugnisse erforderlichen Investitionen nicht im notwendigen Umfang eingeordnet werden.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurden durch den Ministerrat der DDR am 5. 1. 1989 neue Festlegungen getroffen. Nur wenn die darin konzipierten Maßnahmen bis 1995 abstrichslos realisiert werden und gleichzeitig der Gesundheitsschutz der Werktätigen spürbar verbessert wird, kann die Gefährdung der Belegschaften durch Asbest reduziert werden. Unter voller Ausschöpfung der gesetzlichen Regelungen sind bis zur vollständigen Asbestsubstitution soziale Maßnahmen für die exponierten Werktätigen dringend erforderlich.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß der Schutz der Gesundheit und des Lebens der Werktätigen in den wichtigen Produktionsbereichen der chemischen Industrie bei gleichzeitiger Sicherung der Leistungsentwicklung Aufwendungen erfordert, die die Kombinate nicht mit eigenen Kapazitäten realisieren können. Zur Einordnung solcher Vorhaben in die Investitionspläne ist es notwendig, daß neben ökonomischen Kriterien auch solche der Arbeits- und Produktionssicherheit und der Arbeits- und Lebensbedingungen angewendet werden müssen. Geschieht dies nicht, nimmt der Verschleiß der Anlagen zu, und immer mehr Werktätige sind nicht mehr bereit, an diesen Arbeitsplätzen zu arbeiten, weil die Gesundheitsgefährdung ansteigt.

Der z. Z. in einigen Anlagen durchgeführte ständige Wechsel der Belegschaft ist keine Lösung, da damit die für eine sichere Produktion notwendige Stammschicht nicht geschaffen werden kann.

An allen o. g. Anlagen ist eine Unterbesetzung an Produktionspersonal vorhanden. Damit sind teilweise Produktionseinschränkungen verbunden bzw. wird das Fehlen operativ durch Soldaten der Nationalen Volksarmee und durch abgezogene Arbeitskräfte aus anderen Betriebsbereichen ausgeglichen, was keine Dauerlösung darstellt.

Industriegewerkschaft Chemie, Glas und Keramik Zentralvorstand, Edith Weber, Vorsitzende

## Erich Honecker trat Genesungsurlaub an

Berlin (ADN). Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Erich Honecker, konnte nach erfolgreicher Gallenbla-

senoperation in gutem Gesundheitszustand aus stationärer Behandlung entlassen werden.

Er hat einen Genesungsurlaub angetreten.